

Gesundheit und Pflege



Foto: Anna Vogel

Die Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge des Staates. Baden-Württemberg hat sich das Ziel gesetzt, für alle einen gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu **flächendeckender Gesundheitsversorgung** und einer **Vielfalt an Pflegeangeboten** zu schaffen. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft von großer Bedeutung. Bis 2030 werden die Zahlen der Pflegebedürftigen im Bundesland erheblich steigen, gleichzeitig wächst auch der Bedarf an geschulten Fachkräften in diesem Bereich. Zur Umgestaltung und Anpassung des Gesundheitswesens an aktuelle Herausforderungen hat die Landesregierung den **Zukunftsplan Gesundheit** entworfen. In diesem sind wichtige Leitbilder und Ziele festgehalten.

Gesundheit

Pflege

Gesundheit

Die Ausgaben für gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen lagen 2014 in Baden-Württemberg bei knapp 44,1 Milliarden Euro. Pro Kopf sind das etwa 4088 Euro für Gesundheitsausgaben, womit das Bundesland etwas unter dem deutschen Durchschnitt (4213 Euro) liegt. Dieser Umstand kann etwa durch die vergleichsweise günstigere demografische Struktur im Südwesten liegen. Doch auch in Baden-Württemberg sind die Ausgaben erheblich gestiegen - sie liegen 2015 rund 30 Prozent höher als noch 2008. Den größten Anteil an der Kostensteigerung haben die wachsenden Ausgaben für die soziale Pflegeversicherung.

Die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg ist ebenfalls überdurchschnittlich gut. Die Ärztedichte, welche die Anzahl der praktizierenden Ärzte pro 100.000 Einwohner aufzeigt, hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. So haben 2014 rund 44 000 Fachärzte in Baden-Württemberg gearbeitet, was eine Dichte von 411 Ärzten pro 100.000 Einwohner ergibt. Gleichzeitig zeichnet sich in Baden-Württemberg - wie in großen Teilen Deutschlands - die Tendenz zu immer weniger, dafür größeren Kliniken ab. Von 325 Krankenhäusern im Jahr 2002 sind bis zum Jahr 2014 nur noch 270 Einrichtungen geblieben. Ob und wie sich diese Entwicklung auf die Qualität der Krankenversorgung auswirkt, bleibt eine wichtige Frage.

Zukunft der Gesundheitsversorgung

Das Gesundheitswesen steht vor gleich mehreren Herausforderungen. Neben einer alternden Gesellschaft zählen dazu ein enger finanzieller Rahmen sowie eine Zunahme chronischer Erkrankungen. Um die Gesundheitspolitik zukunftsfähig zu gestalten, wurde 2009 die **Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg** verabschiedet. Diese legt besonderen Fokus auf die Prävention, zusätzlichen zu den Bereichen Behandlung, Rehabilitation und Pflege. Wichtige Annahmen dabei sind:

- Die Gesundheit ist das höchste Gut eines Menschen und steht für Lebensqualität
- Die Gesundheit ist neben Bildung die wichtigste strategische Ressource und damit von Bedeutung für eine erfolgreiche Volkswirtschaft
- Die bessere Behandlung bestehender Krankheiten reicht vor dem Hintergrund eines sich verändernden Krankheitsspektrums nicht mehr aus

Ebenfalls im Zuge des Zukunftsplans Gesundheit wurde deshalb ein Dialogprozess ins Leben gerufen. Das Ergebnis dieses Prozesses liegt seit 2014 als **Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg** vor (siehe Infobox). Darin sind insbesondere vier Ziele festgehalten:

- Die Bereiche der Prävention und Gesundheitsförderung sollen gestärkt werden
- Die Bürger- und Patientenorientierung soll durch bedarfsgerechte und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Angebote gefördert werden
- Sektorenübergreifende Strukturen sollen eine bessere Vernetzung bewirken
- Die Versorgungsstrukturen sollen auf Grundlage regionaler Analysen- und Diskussionsprozesse gestaltet werden

Um die Kommunen, sowie die Bürger besser in die Planung und Entscheidungsprozesse einzubinden, wurde das **Landesgesundheitsgesetz** verabschiedet, das 2015 in Kraft getreten ist. Dieses gibt Dialog- und Arbeitsformen wie etwa Gesundheitskonferenzen, dem Sektorenübergreifenden Landesbeirat und weiteren Beratungsgremien des Sozialministeriums eine gesetzliche Grundlage. Geregelt werden darin die Arbeitsweise, Zuständigkeit, Interaktion und Vernetzung dieser Gremien.

Digitalisierung

"Wir wollen unser Land zum modernsten Standort für digitale Medizintechnik und digitale Gesundheitsversorgung entwickeln."
(Koalitionsvertrag, 2016)

Große Potenziale für die Gesundheitsversorgung bieten Fortschritte in der Digitalisierung. Diese können eine individualisierter Medizin, Telemedizin oder neue Forschung auf der Basis von Big Data und medizinischem 3-D-Druck möglich machen.

Pflege

In Baden-Württemberg waren 2015 über 328.000 Personen als **pflegebedürftig** anerkannt - also etwa 3 Prozent der Bevölkerung im Bundesland. Dabei wird deutlich, dass die Pflegebedürftigkeit mit höherem Alter stark zunimmt. Rund zwei Drittel der derzeit Pflegebedürftigen sind älter als 75 Jahre. Durch den demografischen Wandel wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 deutlich zunehmen - Vorhersagen des Statistischen Landesamtes gehen dann von 402 000 zu pflegenden Menschen aus. Das wären rund 32 Prozent mehr als noch 2013.

Der Grad der Pflegebedürftigkeit kann sich stark unterscheiden. Von den Pflegebedürftigen war 2015 etwas mehr als jeder vierte in Pflegeheimen untergebracht. Fast dreiviertel der Pflegebedürftigen wird in Baden-Württemberg nach wie vor von Angehörigen zuhause versorgt, wobei dies häufiger auf dem Land als in der Stadt der Fall ist. Die Anzahl der Personen, die Pflegegeld empfangen, ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Allein im Vergleich zwischen 2013 und 2015 beziehen 25 000 Personen mehr, also inzwischen 170.000 diese Sozialleistung.

Für die ambulante oder stationäre Versorgung der zunehmenden Zahl an Pflegebedürftigen sind mehr Beschäftigte notwendig. Auf 158 000 Pflegebedürftige in öffentlichen Einrichtungen kamen 2015 rund 128 000 Beschäftigte, von denen nur jeder vierte ein Arbeitsverhältnis in Vollzeit hat. Das Pflegepersonal bestand im gleichen Jahr zu 86 Prozent aus Frauen.

Grundlagen der Pflege

In Baden-Württemberg sollen neben ambulanten und stationären Formen der Pflege auch neue, innovative Pflegeformen etabliert werden. Für den Ausbau des weitestgehend selbstbestimmten Wohnens hat das **Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)** eine neue Grundlage geschaffen und löste 2015 das bis dahin geltende Landesheimgesetz ab. Es schreibt unter anderem vor, dass mindestens 50 Prozent der Beschäftigten für pflegende und sozial betreuende Tätigkeiten Fachkräfte sein müssen. Sind allerdings auch andere Fachkräfte wie Ergotherapeuten, Heilerziehungspfleger, Pädagogen, Sozialarbeiter und Sprachtherapeuten vor Ort, kann diese Grenze seit 2015 auch unterschritten werden.

Der **Betreuungsschlüssel** in der Pflege wurde ebenfalls zuletzt 2015 neu geregelt. Die damalige Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) hatte eine Personalverordnung auf den Weg gebracht, die etwa die Unterbringung in stationären Einrichtungen betrifft. So soll dort während des Tagesdienstes eine Pflegefachkraft für 30 Bewohner zuständig sein. Während Nacht- oder Ruhezeiten kann sich das Betreuungsverhältnis verschieben.

Zukunft der Pflege

Um der wachsenden Nachfrage nach Pflegeangeboten gerecht zu werden, hat Baden-Württemberg das **Innovationsprogramm Pflege** ins Leben gerufen. Damit werden neuartige Pflege- und Versorgungsmodelle gefördert. Zu den Zielen gehört es, Pflegeangebote vor Ort besser zu vernetzen, Pflege-WGs aufzubauen und Nacht-, Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen gerade auch im ländlichen Raum auszubauen.

Stand der Überarbeitung: Oktober 2017

Ministerium für Soziales und Integration



Manfred Lucha

ist Minister für *Soziales und Integration*.

Baden-Württemberg: Ein Standort im Vergleich



In dem Heft "**Baden-Württemberg: Ein Standort im Vergleich**" hat das Landesamt für Statistik aktuelle Informationen über das Bundesland gesammelt. Auf 108 Seiten werden 44 Strukturindikatoren behandelt und Vergleich zu Deutschland und anderen EU-Ländern gezogen.

[Zum Heft](#)

Zukunftsplan Gesundheit



Der **Zukunftsplan Gesundheit** umfasst mehrere Dokumente, die im Lauf der vergangenen Jahre in Baden-Württemberg erarbeitet worden sind:

Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg

Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg

Landesgesundheitsgesetz

Fachstelle für ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo)



Fachstelle für ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo)

Die Fachstelle wurde vom Sozialministerium eingerichtet. Sie übernimmt vielfältige Aufgaben der Information, Schulung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit. Auch soll die **FaWo** alle Beteiligten beim Auf- und Ausbau von ambulant unterstützten Wohnformen beraten und begleiten.

zur Website der FaWo

Landespflegerat



Landespflegerat

Der **Landespflegerat Baden-Württemberg** (LPR) ist die Arbeitsgemeinschaft der Pflegeberufsorganisationen und des Hebammenwesens. Er übernimmt Aufgaben der Selbstverwaltung und der Interessenvertretung und vermittelt zwischen den Organisationen und den zuständigen Landespolitikern.

zur Website des LPR

Ministerium für Soziales und Integration



Manfred Lucha

ist Minister für *Soziales und Integration*.

Statistik



Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Baden-Württemberg 2016/ 2017

In dieser Broschüre hat das Landesamt für Statistik aktuelle Entwicklungen aus Wirtschaft und Gesellschaft Baden-Württembergs dargestellt und analysiert. Grundlage dafür sind amtliche Statistiken.

Zur Broschüre

Land	Menschen	Landesgeschichte	Politisches Leben	Politikthemen	Übersicht
Landeswappen	Bevölkerung	Historische Territorien	Verfassung	Bildung und Wissenschaft	Schriftenreihe der LpB
Landeshymnen	Religionen	Frühes 19. Jahrhundert	Wahlen	Gesellschaft und Soziales	Landeskunde
Regionen	Dialekte	Kaiserreich	Parteien	Inneres	Landesgeschichte
Geographie	Traditionen und Bräuche	Weimarer Republik	Landtag	Kunst und Kultur	Landespolitik
Denkmale	Küche	Nationalsozialismus	Landesregierung	Landwirtschaft	Kultur und Soziales
Gedenkstätten	Persönlichkeiten	Entstehung des Landes	Kommunalpolitik	Medien	Deutsche Geschichte
Erinnerungsorte	Hist. Persönlichkeiten	Vertriebene in BW	Verwaltung	Sport	Politik und Internationales
Ausflugstipps		Geschichte des Landtags	Bund	Tourismus	Biographien
Stadtwikis		Demokratische Traditionen	BW und die EU	Umweltpolitik	Regionales
Wege der Revolutionäre		Das Land wächst zusammen		Verkehr	Bildbände und Reiseführer
		Geschichte des Klimas		Wirtschaft	Literatur und Sprache
		Besondere Themen			Krimis
					Links

Folgen Sie uns auf    